

DIE HENNE

Beiträge zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum,
herausgegeben vom Universitätsarchiv Bochum



Handwritten notes in red and black ink, including a small diagram and the words 'Photokette', 'Zusatzstellung', 'Liese', 'furchtlos', 'ung'.

im
rung
davon
er Ent-
ist.

Handwritten signature in blue ink.
(Fritz Holthoff)

INHALT:

Universitätsstandort im Parteienstreit
Am Anfang war die Henne

Heft Nr. 1

Februar 2012

DIE HENNE

Beiträge zur Geschichte der
Ruhr-Universität Bochum

hrsg. vom
Universitätsarchiv Bochum

Heft 1

Ruhr-Universität Bochum

Die Henne. Beiträge zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum
hrsg. vom Universitätsarchiv Bochum
Schriftleitung: Jörg Lorenz
Gestaltung/Satz: Alexandra Apfelbaum, Jörg Lorenz
ISSN: 2193-9608
Heft 1/2012

„Die Henne“ steht unter einer [Creative Commons Namensnennung-Nicht-Kommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland](#) Lizenz.
Bochum 2012

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkung	5
Universitätsstandort im Parteienstreit – Aspekte der Gründungsgeschichte der Universität Bochum	7
Am Anfang war die Henne – Anmerkungen zur Genese eines Universitätsgeländes.....	23
Abbildungsnachweise	36



In der Planungsphase erstellt: Perspektivische Zeichnung der Gebäude für die Naturwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum (1965)

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Schrift legt das Universitätsarchiv Bochum die erste Ausgabe seiner Reihe von Geschichtsheften vor. In ihr erscheinen künftig in unregelmäßiger Folge Beiträge, die in der Hauptsache auf der Erforschung der zumeist nicht veröffentlichten Quellen des eigenen Archivs wie auch derjenigen anderer Dokumentationsstätten beruhen. Wir hoffen, mit der digitalen Publikation einen Weg zu beschreiten, der dazu beiträgt, einem größeren Publikum die Möglichkeit zu bieten, sich mit der Historie der Ruhr-Universität Bochum, der ersten Universität im „Revier“ und der ersten Neugründung in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg überhaupt, befassen und auseinandersetzen zu können.

Die Reihe unserer Hefte startet mit einem Beitrag, der gewissermaßen den Einstieg in die Geschichte der Hochschule darstellt. Er bettet ihre Entstehung in den Zusammenhang der Nachkriegsgeschichte ein und beleuchtet entscheidende Etappen bis zu ihrer Eröffnung am 30. Juni 1965. Für den Autor ist dabei die politisch motivierte Standortwahl eines der dominanten Merkmale, das selbst die konzeptionellen Überlegungen, die im Vorfeld durchaus angestellt wurden, in den Schatten stellte.

Anders als bei den Bemerkungen zur Gründungsgeschichte der Universität Bochum handelt es sich bei dem Beitrag zur Auswahl und zum Erwerb des Geländes, auf dem sie schließlich errichtet wurde, um eine Detailuntersuchung. Sie ergab sich aus dem Anliegen, den sicherlich erklärungsbedürftigen Titel unserer Geschichtshefte „Die Henne“ zu erläutern. Der Begriff entstand 1963 im Angesicht der vielen Karten des zu überplanenden Areals, dessen Form die Entscheidungsträger an die Umrisse eben jenes Tieres erinnerten. „Die Henne“ wurde so seinerzeit zu einem Synonym für das Bochumer Universitätsgelände, stand aber auch – allein durch seine resp. ihre Größe – symbolhaft für die weitreichenden Ambitionen, die allseits mit der Neugründung dieser Hochschule verbunden waren.

Jörg Lorenz

Universitätsstandort im Parteienstreit

Aspekte der Gründungsgeschichte der Universität Bochum

Von Jörg Lorenz

Als im Jahre 1961 die Entscheidung getroffen wurde, in Bochum eine neue Universität zu errichten, war das der Beginn einer regelrechten Offensive der nordrhein-westfälischen Landesregierung(en) beim Ausbau des Hochschulwesens in diesem Bundesland. In rascher Folge öffneten nach Bochum (1965) die Universitäten Dortmund (1968) und Bielefeld (1969) ihre Pforten, und es wurden nicht weniger als 14 Fachhochschulen und fünf Gesamthochschulen gegründet (1971/72). Auch bezogen auf die damalige Bundesrepublik Deutschland war Bochum die erste Neugründung einer Universität nach dem Zweiten Weltkrieg, sieht man einmal von den Gründungen in Mainz (1946), die nur eine Wiederbegründung der alten Universität darstellte, und Saarbrücken (1948) ab, die durch die französische Regierung unter Anbindung an die Universität Nancy im seinerzeit von Frankreich kontrollierten Saarland eingerichtet wurde. Inzwischen bietet Nordrhein-Westfalen die dichteste Hochschullandschaft, in der die Universität Bochum mit zu den größten Einrichtungen zählt.

Dass es nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings eineinhalb Jahrzehnte dauerte, bevor man die Neueinrichtung einer Universität von Grund auf in Angriff nahm, ist angesichts der Kriegsfolgen wenig verwunderlich: Im Bundesland Nordrhein-Westfalen waren die drei alten Universitäten Bonn, Köln und Münster sowie die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen was ihre Baulichkeiten anbetrifft zu bis zu 70 Prozent zerstört.¹ Auch personell hatten diese Einrichtungen sowohl durch die Entfernung jüdischer

1 Düwell, Kurt: Am Anfang waren's vier. Die Hochschullandschaft NRW nach 1946, in: Gaudeamus... Das Hochschulland wird 50. Eine Ausstellung des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Katalog hrsg. v. demselben, Düsseldorf 1996, S. 12-25, hier S. 14f.

bzw. politisch missliebiger Lehrender unter der nationalsozialistischen Herrschaft als auch durch die Entnazifizierung durch die britische Militärregierung empfindliche Einbußen erlebt. So konzentrierten sich die Wiederaufbaubemühungen vornehmlich auf die Reorganisation des Forschungs- und Lehrbetriebes an diesen Stätten.

Initiativen zur Einrichtung neuer Hochschulen fehlten in dieser Zeit allerdings nicht. Das Universitätsarchiv Bochum verfügt über eine voluminöse Dokumentation des Archivs des nordrhein-westfälischen Landtags², die eine Vielzahl parlamentarischer Aktivitäten in dieser Hinsicht belegt: In jeder Legislaturperiode ab 1947 gab es – häufig unter Rückgriff auf städtische Bemühungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in Dortmund eine Technische Hochschule zu etablieren – Vorstöße von Parteien und Verbänden, die Ingenieurausbildung durch eine zusätzliche Ausbildungseinrichtung zu fördern. Motiviert waren diese Bestrebungen aus der Sorge heraus, international – und besonders im Vergleich zum „Ostblock“ – technologisch ins Hintertreffen zu geraten, eine Befürchtung, die sich durch den so genannten Sputnikschock 1957 auf fatale Weise zu bewahrheiten schien.

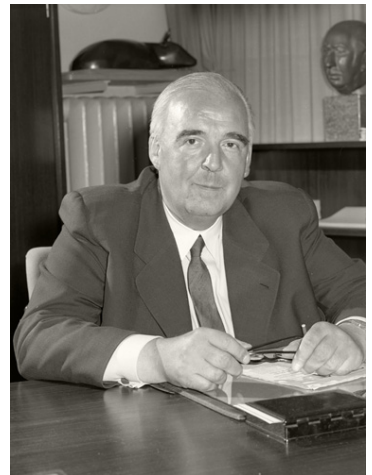
Zumindest ebenso wichtig für den Gang der Geschehnisse ist die Tatsache zu werten, dass sich der Bund 1957 durch die Bildung des Wissenschaftsrates in die Hochschulpolitik einbrachte. Das Gremium, besetzt mit Vertretern des Bundes und der Länder, dient der Abstimmung von Maßnahmen zur Förderung der Wissenschaften, die es durch die Erarbeitung von Empfehlungen zu erreichen sucht. Auf den ersten dieser Art, vorgelegt im November 1960, beruht ganz maßgeblich die spätere Gründung der Universität Bochum. Sie sahen neben dem Ausbau der bestehenden Einrichtungen in der Tat drei

2 Universitätsarchiv Bochum (im Folgenden: UnivA Bochum), Landtagsdokumente. Die dreibändige Sammlung trägt den Titel: Beratungsmaterialien zum Antrag der Fraktion der SPD betr. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Hochschule in Dortmund einschließlich aller Unterlagen über die Beratung des Landtags und seiner Ausschüsse der 1. bis 4. Wahlperiode betr. Errichtung einer 2. Technischen Hochschule in Nordrhein-Westfalen und Errichtung einer Ruhruniversität in Bochum.

neue wissenschaftliche Hochschulen vor, von denen eine im „nordrhein-westfälischen Industrieviertel“ liegen sollte. Bemerkenswert – aber nicht verwunderlich – ist in diesem Zusammenhang das explizite Lob für die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die mit ihrem Beschluss vom Frühjahr desselben Jahres die entsprechende Planung bereits möglich gemacht habe.³

Die CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen hatte in der Tat bereits im März 1960 eine halbe Million DM für „Vorarbeitungskosten für die Errichtung einer Hochschule [...] im westfälischen Raum“⁴ in den Haushalt eingestellt, zu diesem Zeitpunkt wohl ahnend, dass der Wissenschaftsrat für einen Neubau plädieren würde. Im August preschte sie schließlich mit einem Konzept vor, das auf genauer Kenntnis des Beratungsstandes in dem für den Hochschulausbau zuständigen Unterausschuss („Gründungsausschuss“) beruhte, in dem der nordrhein-westfälische Kultusminister Werner Schütz zu dieser Zeit Vorsitzender war. Die zunächst als „Zwischenbericht“ des Kultusministers nur Ministerpräsident Franz Meyers, dessen Stellvertreter Arthur Sträter und Innenminister Josef Hermann Dufhues zugeleiteten Vorstellungen Schütz⁵ markieren die Abkehr von der landläufigen Forderung nach einer Technischen Hochschule und propagierten die Hochschule neuen Typs, d. h. die herkömmliche Universität, nun aber um eine technische Fakultät erweitert. Das Papier Schütz wurde fortan Grundlage jeglicher Planung in Düsseldorf.

Das Votum für eine (Voll-)Universität hatte aber auch einen recht praktischen Grund: In den 1950er Jahren hatte sich die Zahl der Studierenden verdoppelt. Der Wissenschaftsrat sah einen „Massenandrang“ voraus, und



Werner Schütz

3 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I: Wissenschaftliche Hochschulen, Bonn 1960, S. 55.

4 UnivA Bochum, Landtagsdokumente, pag. 1336.

5 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (im Folgenden: LAV NRW R), NW 181, Nr. 55, fol. 79-89



Josef Hermann Dufhues

der neuen Universität im Ruhrgebiet wurde in erster Linie die Funktion einer Entlastung der Hochschulen in Münster und Köln zugeschrieben. Die Aufnahme einer Technischen Fakultät erscheint somit auch eher als Kompromiss, ist insofern aber bemerkenswert, als dass noch wenige Monate zuvor in einem internen Papier des Ministeriums die Notwendigkeit einer „akademischen Ingenieurausbildung“ verneint wurde.⁶

Mehr als die Konzeption der neu zu errichtenden Hochschule und mehr als Strukturfragen bestimmte ab Ende 1960 aber die Standortfrage sowohl die öffentliche als auch die parlamentarische

Diskussion. Die Vorgänge um das Abweichen von dem bis dato niemals in Frage gestellten Standort Dortmund offenbarten einerseits eine erfolgreiche Lobbyarbeit durch interessierte Bochumer Kreise und andererseits ein zuvorderst parteipolitisch motiviertes Vorgehen der CDU-Landesregierung, das nicht immer als „sauber“ zu bezeichnen ist.

Nach den vorliegenden Quellen war es zunächst Innenminister Dufhues (er besaß eine Anwaltskanzlei in der Stadt Bochum), der den Bochumer Ratsherrn und CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Brüggemann am 18. Juni 1960 wissen ließ, dass er im Kabinett für Bochum optieren werde.⁷ Animiert durch dieses Versprechen wurde Brüggemann aktiv. Genau eine Woche später sprach er im Landesplanungsamt vor und legte dort dem Ministerialdirigenten Norbert Ley einen Flächenplan des Querenburger Gelän-

⁶ Vermerk des Ministerialdirigenten v. Medem vom 8.3.1960, ebd., fol. 21ff.

⁷ Zur Rolle Dufhues' vgl. auch Stallmann, Hans: Euphorische Jahre. Gründung und Aufbau der Ruhr-Universität Bochum (= Düsseldorfser Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 68), Diss. Essen 2004, S. 55f.

des vor, den er sich „ohne Wissen der politischen und administrativen Spitzen des Rathauses“⁸ besorgt hatte.

Wie „diskret“ hier „Kooperation und Information“⁹ abliefen, verdeutlichen die Geschehnisse genau zwei Monate später. Ley und Staatssekretär Ludwig Adenauer waren am 18. August 1960 mit den Plänen diverser Gelände in der Tasche zu Ortsbesichtigungen in Dortmund und Bochum aufgebrochen und tauchten anschließend unangemeldet in der Bochumer Stadtverwaltung auf. Aber weder der Verwaltungschef Oberstadtdirektor Gerhard Petschelt noch dessen Vertreter Alfred Schmitz waren an diesem Tag anwesend. Stadtrat Friedrich Habbe erklärten sie daher,

dass sie auf der Suche nach einem etwa 150 Hektar großen Areal „für einen wichtigen Zweck“¹⁰ seien und sich besonders für das Querenburger Gelände interessierten. Bereitwillig erläuterte Habbe den Herren die städtischen Pläne zur Errichtung einer Gartenstadt in eben diesem Gebiet. Erst in einem späteren Telefonat teilte Adenauer Stadtdirektor Schmitz mit, „dass die Landesregierung evtl. beabsichtige, die im Lande Nordrhein-Westfalen neu zu gründende Technische Universität in die Stadt Bochum zu verlegen“, und drängte zu Verhandlungen am 2. September. In diesem Gespräch bejahten sowohl Oberbürgermeister Heinemann als auch Petschelt (beide SPD) „die Bereitschaft der Stadt zur Mitwirkung“; böses Blut ahnend verwies Hei-



Wolfgang Brüggemann

8 Brief Brüggemanns an Prof. W. Schulze (Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum) vom 7.5.1990, in: UnivA Bochum, Kleine Sammlungen, Nr. 128.

9 Ebd.

10 Schmitz, Alfred: Aus der Sicht des Rathauses. Wahl Bochums als Standort der Ruhr-Universität, in: Materialien zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum. Die Entscheidung für Bochum, hrsg. i. A. des Vorstandes der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum e. V., Bochum [1971], S. 39-47, hier S. 40.



*Luftaufnahme des für die Universität in Aussicht genommenen Que-
renburger Geländes aus nordwestlicher Sicht (Aufnahme: 1960)*

nemann jedoch auf das „Politikum“ und bat um „gewissenhafteste und diskrete Weiterarbeit“¹¹. Selbst der Ältestenausschuss und der Hauptausschuss des Stadtrates wurden erst Ende Oktober bzw. Ende November von den Plänen unterrichtet.

Seitens der Bochumer Stadtoberen musste natürlich mit Zwist innerhalb der SPD, die Dortmund als Sitz der neuen Hochschule nie in Zweifel gezogen hatte, gerechnet werden. Bis etwa Mitte November war auch nichts durchgesickert. Erst am 18. des Monats rief Dortmunds Oberbürgermeister Dietrich Keuning bei Petschelt „wegen seltsamer Gerüchte“ an. Petschelt versicherte ihm, dass Bochum sich nicht beworben habe und es auch nicht tun werde. Intern schrieb er in einem Vermerk: „Ich [...] verschwieg die bisherigen Verhandlungen der Landesregierung mit uns.“¹² Es war schließlich Brüggemann, der auf einer von der Bochumer CDU einberufenen Pressekonferenz am 21. November den Anspruch der Stadt öffentlich formulierte. Mit der etwa zeitgleichen Offenlegung der Regierungspläne durch Schütz entbrannte dann aber auch eine Debatte, die unter dem Schlagwort „Städtekampf“ in die Geschichte eingegangen ist und die sich erst legte, als die Landesregierung am 12. Juni 1962 den Beschluss fasste, auch in Dortmund eine Hochschule errichten zu

11 Vermerk Petscheltes vom 5.9.1960, in: Stadtarchiv Bochum, Oberbürgermeister, Nr. 132.

12 Beide Zitate aus dem Vermerk Petscheltes vom 21.11.1960, ebd., Oberstadtdirektor, Nr. 827.

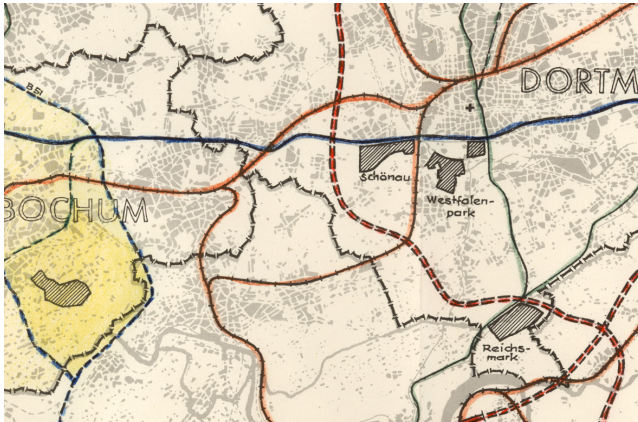
wollen. Honni soit qui mal y pense – für den 8. Juli waren Landtagswahlen anberaumt.

Im Grunde lag (und liegt) die Entscheidung über die Errichtung einer Hochschule natürlich in der Kompetenz der jeweiligen Landesregierung, bei der Exekutive.¹³ Entsprechend handelte zunächst auch das Kabinett Meyers. Hier hatten sich nach der verdeckten Initiative Dufhues' der Ministerpräsident selbst und Kultusminister Schütz zu den heftigsten Befürwortern des Standorts Bochums entwickelt. Sie sahen in ihrem Votum für Bochum respektive der Abkehr von Dortmund eine Möglichkeit, dem SPD-Begehren etwas entgegenzusetzen, das als eigene Idee und eigenständige Konzeption dargestellt und somit parteipolitisch ausgeschlachtet werden konnte. Nach Auskunft Brüggemanns war zudem der Einfluss des „Ruhrbischofs“ Franz Hengsbach auf die CDU-Spitze nicht unmaßgeblich. Er war schon im Juli 1960 offenbar besser informiert als Brüggemann selbst und forderte diesen in einem vertraulichen Gespräch auf, seine „Bemühungen [...] fortzusetzen“; er selbst werde „seinen Part“ übernehmen.¹⁴ Hengsbachs Motive waren eindeutig: Bochum lag in seiner Diözese, Dortmund nicht.

Vor dem Hintergrund der scharfen öffentlichen Debatte schien nun eine Umgehung des Parlaments nicht opportun, zumal es eine nicht unbedeutende Anzahl von Abgeordneten gab, die – allein mit Verweis auf die außerordentliche Bedeutung der Frage – eine Landtagsentscheidung reklamierten. Zur Vorbereitung ihrer parlamentarischen Entscheidung unternahmen Delegierte des Landtages, Vertreter der Regierung und aus den Ausschüssen gleich zweimal eine Reise nach Dortmund und Bochum, um die in Frage stehenden Gelände zu besichtigen, einmal zur Winterzeit am 24. Januar, das andere Mal bei herrlichem Sonnenschein am 28. Juni 1961. In Bochum-Querenburg hatte man zum ersten Besuch auf dem Gelände des früheren

13 Zur seinerzeitigen gutachterlichen Prüfung dieser Frage, die im Übrigen nicht eindeutig ausfiel, vgl. Stallmann (wie Anm. 7), S. 64f.

14 Brüggemann, Wolfgang: Anfänge und Übergänge. Autobiographische Skizzen, Bochum 2002, S. 243.



Lage der von den Städten Dortmund und Bochum in Vorschlag gebrachten Gelände für die zu gründende Hochschule

Hofes Hautkapp – seine Baulichkeiten lagen im südlichen Bereich des späteren Gebäudes MB – sowohl eine Aussichtsplattform als auch ein aufblasbares und beheizbares Nylon-Informationszelt errichtet, im Juni konnte man unter einer Schatten spendenden Plane tagen und Berge von Informati-

onsmaterial studieren. Bereits beim ersten Besuch wurde indes deutlich, dass die hofierten Parlamentarier den Druck eines bevorstehenden Fraktionszwangs spürten und jegliche Stellungnahme vermieden; unisono berichtete anderentags die Presse von einer auffallenden Zugeknöpftheit der Gäste.¹⁵

Noch schärfer trat der Unmut nach der zweiten Besichtigung zu Tage. Die Beratungen über die Erkenntnisse in der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und des Kulturausschusses am 5. Juli hätten sich, so der Abgeordnete Holthoff (SPD) in der Sitzung, erübrigt, da das Ergebnis schon am Vortag in der Presse gestanden habe. In der Tat hatte die CDU-Spitze in einem innerparteilichen Kraftakt ihre „schwachen Kandidaten“ in der Fraktion, namentlich diejenigen aus Dortmund und dem ostwestfälischen Raum, kurzfristig auf Linie gebracht, diese „Einmütigkeit“ sogleich in die Öffentlichkeit getragen und so eine Fraktionsdisziplin erzwungen, die die wahre Stimmungslage verfälschte.¹⁶

Was war geschehen? Für den 3. des Monats war eine Fraktionssitzung der CDU anberaumt worden, auf der die Abgeordneten auf Bochum als Standort eingeschworen werden sollten. Um dieses angesichts des Unbeha-

15 Vgl. UnivA Bochum, Zeitungsausschnittsammlung I, Nr. 10.

16 Nach Einschätzung des Bochumer Oberstadtdirektors lag die Zahl der „Abweichler“ in der SPD bei etwa 20, in der Regierungspartei um etliches höher. Vgl. Stallmann (wie Anm. 7), S. 85.

gens bei nicht wenigen ihrer Parteifreunde zu gewährleisten, waren die Regierungsmitglieder sogar gezwungen, in einer Sitzungspause eine außerordentliche Kabinettsitzung durchzuführen und eine entsprechende Empfehlung an die Fraktion förmlich zu beschließen. Die nachfolgende Abstimmung erbrachte dann zwar noch drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen, im Parlament wollten sich jedoch diejenigen, die sich enthalten hatten, zu Gunsten der Regierung entscheiden.

Eine ehrliche Debatte hatte in den zwei Jahren zuvor schon Kultusminister Schütz hintertrieben. So informierte er die Dortmunder erst recht spät, im November 1960, darüber, dass angesichts der aktuellen Planung ein Gelände von 150 Hektar vonnöten sei – eine Bedingung, die das Querfurter Areal nahezu von Anfang an exakt erfüllte –, und ein knappes halbes Jahr später unterließ es derselbe Minister, die Abgeordneten rechtzeitig vor einer für den 18. April 1961 angesetzten Landtagsdebatte von einer neuen, positiven Expertise zu den Dortmunder Geländen zu informieren. Bisweilen tragen in den Akten des Kultusministeriums diejenigen Vermerke, die den Standort Dortmund vorteilhafter sahen, eine Verfügung „[...] mit der Bitte um Geheimhaltung“.¹⁷

Angesichts des Regierungsentscheids vom 3. Juli kam die SPD nicht umhin, ihrerseits in die Offensive zu gehen und ihren Antrag auf Errichtung einer Hochschule in Dortmund, den sie schon im Dezember des Vorjahres gestellt hatte, erneut einzubringen. Mit der festgezurrten Regierungsmehrheit wurde dieser jedoch bereits im Haupt- und Kulturausschuss abgelehnt. Die Empfehlung an den Landtag mündete darin, den „Antrag der Fraktion



Vertreter von Landtag und Regierung am 24. Januar 1961 auf dem Weg zur Besichtigung des Bochumer Universitätsgeländes

17 Vgl. ebd., S. 67 u. 79 bzw. LAV NRW R, NW 181, Nr. 56.

der SPD betr. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Hochschule in Dortmund“ abzulehnen, gleichzeitig der „Empfehlung der Landesregierung“ zuzustimmen und diese zu bitten „die dazu erforderlichen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten.“¹⁸

Der 18. Juli 1961, der in jeder Zeitleiste zur Geschichte der Universität, wenn nicht an erster, so doch an zentraler Stelle steht, war also nicht mehr als die Abwehr eines Antrages der Opposition mit gleichzeitiger Zustimmung zur Initiative der Regierung. Diese hatte im Vorfeld alles getan, um ihre Entscheidung, die im Prinzip schon im November 1960 gefallen war, durchzudrücken.

Nach dieser Abstimmung nahmen die Dinge ihren eher unspektakulären Gang. Der Kultusminister berief sogleich einen aus 17 „namhaften“ Professoren bestehenden Gründungsausschuss ein, der am 15. September 1961 zum ersten Mal unter dem Vorsitz des Hamburger Pädagogen Prof. Hans Wenke zusammentrat und bis in das Jahr 1966 hinein tagte. Die im Dezember 1962 veröffentlichten „Empfehlungen“ (eine erste Konzeption war bereits im Juni von der Landesregierung zustimmend zur Kenntnis genommen worden), sahen die Aufgliederung der Universität in 18 Abteilungen vor, wobei für jede eine Reihe von Lehrstühlen mit genau umrissenem Lehr- und Forschungsgebiet in Vorschlag gebracht wurde.¹⁹ Zunächst fungierte das Gremium auch als Berufungsausschuss²⁰, die „Empfehlungen“ blieben aber auch weit nach 1965 noch Handlungsanweisung bei der Berufungspolitik.

Die neue Hochschule stellte sich nach den Vorstellungen des Gründungsausschusses als herkömmliche Volluniversität dar, neue Elemente waren im Grunde nur die Einbeziehung der Ingenieurwissenschaften und die Bezeichnung „Abteilung“, durch die starre Abgrenzungen zwischen den Fakultäten

18 UnivA Bochum, Landtagsdokumente, pag. 1523.

19 Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum. Denkschrift des Gründungsausschusses, veröffentlicht vom Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Bochum 1962.

20 Als erster wurde der Anglist Ulrich Suerbaum am 17. April 1963 an die Universität berufen.

aufgehoben werden sollten.²¹ Die „allseitige Verflechtung der wissenschaftlichen Disziplinen“ und die Notwendigkeit einer „engen Zusammenarbeit bisher getrennter Fachgebiete“²² waren im Übrigen entscheidender Grund dafür, dass sich der Ausschuss auch mit baulichen Fragen beschäftigte. Das Ansinnen nach kurzen Wegen und Überlegungen, welche Fachrichtung mit anderen in welchem Umfang in Kommunikation treten könnte, führten zu einem (baulichen) Strukturschema, das in auffallender Weise in der späteren Gesamtplanung umgesetzt wurde.

Die Arbeit des Gründungsausschusses sollte trotzdem nicht überschätzt werden. Seine Vorschläge orientierten sich an dem oben erwähnten „Zwischenbericht“, und zu deutlich war die Einflussnahme der Landesregierung auf die Beratungen und damit schließlich auf die Ergebnisse. Allein die häufige Anwesenheit des jeweiligen Kultusministers bei den Beratungen, zunächst Schütz, ab Oktober 1962 Paul Mikat, gibt hier einen ersten Fingerzeig. Am deutlichsten mag die Frage, ob und in welchem Umfang die Theologie in der neuen Universität vertreten sein sollte, offenlegen, wie (sehr) die Politik die Beratungen lenkte und wie bereitwillig der Gründungsausschuss ihr schließlich folgte. Hatte Minister Schütz in der Sitzung am 6. November 1961 zunächst nur angedeutet, man schaffe „ohne die Theologie vielleicht etwas Unvollständiges“, ging er auf der Klausurtagung vom 6.-8. März 1962 in die Offensive und hielt „die Errichtung zweier vollständiger theologischer Fakultäten für erforderlich“; dabei denke man an je acht bis zehn Lehrstühle.²³ Sicherlich unterlag Schütz selbst der Einflussnahme führender kirchlicher Vertreter, mit denen er sich noch im Januar getroffen hatte, und hier namentlich des bereits erwähnten „Ruhrbischofs“ Hengsbach.²⁴ Entscheidend

21 Der Effekt dieser Maßnahme war mehr als begrenzt. Die universitären Gremien sahen 1984 bei der Neuberatung einer Verfassung jedenfalls keine Probleme, zu der Bezeichnung „Fakultät“ zurückzukehren.

22 Empfehlungen (wie Anm. 19), S. 6.

23 UnivA Bochum, Protokollsammlung, Nr. 1.

24 Hengsbach wurde 1985 von der Universität mit dem Titel „Ehrenbürger“ geehrt, u.a. weil er „wesentlich dazu beigetragen [hat], daß entgegen ursprünglichen Planungen die Universität auch über beide theologischen Fakultäten verfügt.“ UnivA Bochum, Senat III, Nr. 4.

für die Betrachtung hier ist aber das Verhalten des Gründungsausschusses, der die „Vorgabe“ des Ministers umsetzte, obgleich, wie es auch Wenke in den Beratungen zu bedenken gegeben hatte, es gar keinen Ausbildungsbedarf für Theologen gab.²⁵

Nach Architekturwettbewerb 1962/63 und Arbeit des gemeinsamen Planungsbüros (Überarbeitung des Raum- und Funktionsprogramms, Entwicklung eines Baumodells etc.) wurde in den ersten Januartagen des Jahres 1964 mit der Errichtung der ersten Institutsgebäude auf dem Campus (Hochbauten IA und IB) begonnen. Zum Zeitpunkt der feierlichen Eröffnung am 30. Juni 1965 war daneben auch die Mensa I, das heute von der benachbarten Hochschule Bochum genutzte, BlueBox genannte Gebäude im damaligen so genannten Übergangforum, fertiggestellt. Die Gebäude IA und IB wurden zunächst von den Geisteswissenschaften genutzt (auch Universitätsverwaltung und -bibliothek residierten hier), eine Konsequenz aus der Tatsache, dass die bestehenden Hochschulen überfüllt waren und Bochum zunächst seiner Entlastungsfunktion nachkommen musste. Erst Anfang der 1970er Jahre konnten hier die Ingenieurwissenschaften – nach entsprechenden Umbauten – einziehen.

Es bleibt die Frage: Wann wurde die Universität denn nun gegründet, genauer: welches Ereignis, welchen („historischen“) Akt nimmt man als Geburtsstunde (an)? „1962“ als Gründungsjahr anzusetzen, wie es ein ungenannter Autor des Onlinelexikons Wikipedia tut²⁶, ist gewagt, musste diese Universi-

25 Ein solcher wurde auch von keiner der Konfessionen reklamiert. Wenke blieb selbst bei der Präsentation der „Empfehlungen“ (vgl. Anm. 19) eine Erklärung für jeweils 15 theologische Lehrstühle in den beiden Abteilungen schuldig – es handele sich nur um einen Vorschlag. Protokoll über die 21. Sitzung des Kulturausschusses des Landtages NRW vom 28.2.1963, in: UnivA Bochum, Quellensammlung Gründungsausschuss.

26 <http://de.wikipedia.org/wiki/Ruhr-Universit%C3%A4t> (letzter Aufruf am 18. Januar 2012). Hier wird vermutlich Bezug genommen auf die Grundsteinlegung zum Bau eines Gebäudes außerhalb des Campus, das später als Wohnheim dienen sollte, zunächst aber als Sammelunterkunft resp. Ausweichquartier für

tät doch noch ein Jahr auf den ersten Professor und drei Jahre auf den ersten Studenten warten. Ferner ist in dem Jahr gar kein Gründungsakt auszumachen, eine Bedingung, die im Übrigen auch keines der anderen genannten Daten zu erfüllen vermag. Einem Aspekt dieser Problematik ist bisher kaum Beachtung geschenkt worden, nämlich der Frage



Feier zur Eröffnung der Universität im Schauspielhaus Bochum, am Rednerpult Ministerpräsident Meyers, dahinter auf der Bühne Universitätsangehörige und Magnifizenzen anderer Hochschulen

nach der rein rechtlichen Existenz der Universität. In Düsseldorf hatte man seinerzeit den Mangel einer entsprechenden Grundlage durchaus erkannt und Initiativen ergriffen, Abhilfe zu schaffen. Im Landesarchiv findet sich eine Akte „Entwurf des Gesetzes über die Errichtung der Ruhruniversität Bochum [...]“, die allerdings, um es salopp zu formulieren, im Nichts endet.²⁷ Weite Kreise im Verwaltungsapparat hielten in der allgemeinen Gründungseuphorie ein solches Gesetz schlichtweg für „unnötig“. Auf ein solches beruft sich eine Vielzahl von Einrichtungen, wenn es um die Frage geht, wann sie ins Leben gerufen wurden. Für die Bochumer stellte sich somit das Problem, dass es nicht einmal Übergangsregelungen gab, die rechtliche Sicherheit hätten schaffen können, wie an der im Aufbau befindlichen Universität Entscheidungen herbeigeführt werden konnten. Folglich blieb zum Beispiel auch der Vollversammlung der Professoren²⁸ im Juni 1965 kaum anderes übrig, als sich kurzerhand zum Senat zu erklären, den Rektor zu wählen und eine Verfassung zu verabschieden, war doch weit und breit kein

Bauplaner und für die ersten Lehrstühle vorgesehen war (Sammelgebäude Overbergstraße, 1964 fertig gestellt).

²⁷ LAV NRW R, NW 417, Nr. 467.

²⁸ Die Sitzungsunterlagen finden sich in: UnivA Bochum, Rektor/Rektorat 01, Nr. 96.

Gremium zu erblicken, das eine entsprechende Legitimation hätte aufweisen können. Es mag mit an dieser unklaren Situation gelegen haben, dass der Minister diese Verfassung später nicht genehmigte, sondern sich lediglich „damit einverstanden [erklärte], vorläufig danach zu verfahren.“²⁹

Ganz ohne rechtlichen Rahmen blieb die Universität dann schließlich doch nicht. In der sprichwörtlich letzten Minute, am 2. November 1965 – das ist der Tag des Vorlesungsbeginns in Bochum – steuerte die Landesregierung gegen und beschloss eilends (und wenigstens) ein Gesetz, dessen Text kaum länger als sein Titel ist und mit dem der längst arbeitenden Hochschule das unerlässliche Recht einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen wurde.³⁰

29 Ebd., Nr. 158.

20 30 Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 1965, S. 324.



Umgrenzung des Universitätsgeländes mit Einzeichnung der einzelnen Grundstücke unter Angabe der Besitzer und der exakten Größe; Handzeichnung gefertigt ca. Oktober 1961

Am Anfang war die Henne

Anmerkungen zur Genese eines Universitätsgeländes

Von Jörg Lorenz

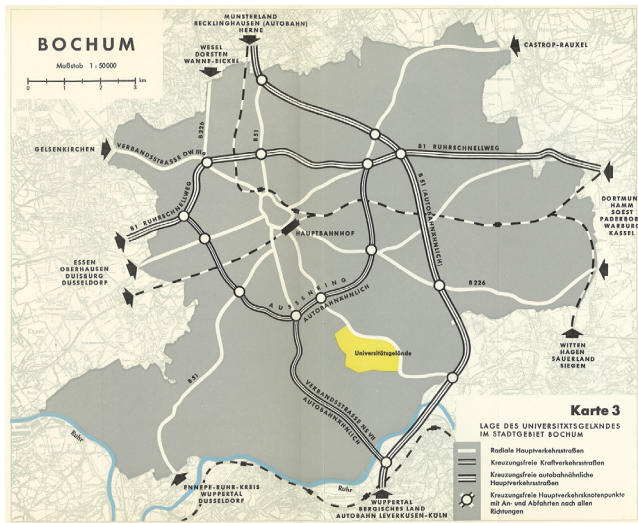
Gut zwei Jahre nach der Standortwahl für die neue Hochschule in Nordrhein-Westfalen im Juli 1961 stand die Entscheidung über die bauliche Gestaltung dieser „Universität neuen Typs“ an. In Vorbereitung hierzu hatte die Landesregierung im Juni 1962 einen „Ideenwettbewerb für die Planung der Universität Bochum“ ausgeschrieben¹, zu dem, der Bedeutung des Vorhabens entsprechend, eigens auch renommierte Architekten aus dem Ausland und – hierauf hatte die Landesregierung „großen Wert“ gelegt – Walter Gropius eingeladen wurden.² Einen besonderen Wert hatten zuvor auch die Planer innerhalb der Landesregierung dem Gelände beigemessen, auf dem die Universität errichtet werden sollte und das nun den Architekten als zu überplanendes Areal vorgegeben wurde. Dabei war allem Anschein nach eine ausreichende Größe das wichtigste Kriterium der Eignung.

Das Querenburger Gelände im Süden der Stadt Bochum, das dem Landesplanungsamt im Juni 1960 zunächst von dem Fraktionsvorsitzenden der (oppositionellen) CDU im Stadtrat Wolfgang Brüggemann in geschickter Lobbyarbeit als geeignetes Territorium präsentiert wurde³ und das später

1 Der Ausschreibungstext findet sich u.a. in: Universitätsarchiv Bochum (im Folgenden: UnivA Bochum), Dep. Staatl. Bauamt Bochum 01, Nr. 121.

2 Einen Überblick über den Ablauf des Wettbewerbs bieten der Artikel „Ideenwettbewerb für die Ruhr-Universität Bochum“, in: Materialien zur Geschichte der Ruhr-Universität Bochum. Bauidee und Baugeschehen, hrsg. im Auftrag des Vorstandes der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum e.V., Bochum, o.J. (1972), S. 47-54, sowie: Apfelbaum, Alexandra: Der städtebauliche Ideenwettbewerb für die Ruhr-Universität Bochum, Masterarbeit, Bochum 2007, S. 26ff.; Apfelbaum zitiert auch das Schreiben der Landesregierung an Gropius.

3 In Düsseldorf hatte hier Innenminister Josef Hermann Dufhues im Stillen Vorbereitungen getroffen; auf seine Initiative ging im Übrigen die Aktivität



Lage des projektierten Universitätsgeländes im Stadtgebiet, Karte aus der „Denkschrift“ der Stadt Bochum (Januar 1961)

offiziell seitens der Stadtverwaltung dem Land angeboten wurde, hatte zunächst eine Fläche von etwa 100 Hektar. Hierbei handelte es sich um das so genannte, nur auf älteren Karten noch als solches eingetragene *Buscheider Feld*, den westlich angrenzenden *Grimberg* sowie die nordwestlich von diesem gelegenen, auf dem Felde genannten *Ländereien*; zusammen machten diese

den Großteil der früheren Flur I (*Flur I gnt. Busscheiderfeld* [sic]) der Gemeinde Querenburg aus.⁴ Bezeichnend in dem Zusammenhang dieses ersten und der weiteren Vorschläge sind die sehr vagen Angaben in den diversen Quellen. So heißt es in einem von der Landesregierung veranlassten und am 9. November 1960 erstellten Gutachten recht nebulös, das Gelände sei „im Laufe der kommenden Jahre auf 140 Hektar durch Kauf oder Tausch [...] auszudehnen“⁵; kaum deutlicher ist gut zwei Monate später die Angabe in der immerhin von der Stadt im feinen Druck herausgegebenen Denkschrift, nach der „173 bis 200 ha“ zur Verfügung stünden.⁶ Beides sind Belege, dass

Brüggemanns zurück. Vgl. hierzu: Brüggemann, Wolfgang: Anfänge und Übergänge. Autobiographische Skizzen, Bochum 2002, S. 236ff.

4 Gemeinde-Charte des Parcellar Katasters [...] der Gemeinde Querenburg [...], 1823, in: Stadtarchiv Bochum (im Folgenden: StA Bochum), Slg. 01, Nr. 202.

5 Ministerialdirigent Dr. h.c. Horst Linde: Gutachten über Lage und Eignung des Geländes „Querenburg“, Gemarkung der Stadt Bochum, zur Errichtung einer Universität, in: Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (im Folgenden: LAV NRW R), NW 181, Nr. 55, fol. 115.

6 Stadt Bochum: Technische Universität Ruhrgebiet. Denkschrift Stadt Bochum. Was spricht für Bochum, 9. Januar 1961, S. 10, in: UnivA Bochum, Kleine Sammlungen, Nr. 6.



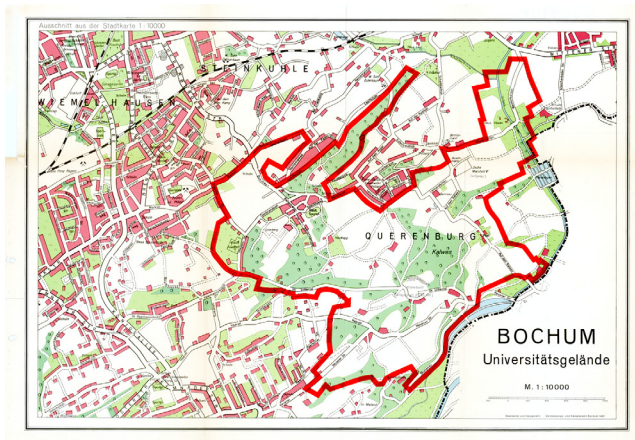
Ausdehnung des für die Universität angebotenen Geländes laut „Memorandum“ der Stadt Bochum (Dezember 1960)

die Vorschläge bzw. Angebote wenig ausgereift waren und unter Zeitdruck erfolgten. Die hochgegriffenen Angaben waren dabei vom Optimismus getragen, den notwendigen Landerwerb ohne besondere Schwierigkeiten durchführen zu können. Das gilt im Übrigen nicht minder für den Bericht, den Oberbürgermeister Heinemann und Oberstadtdirektor Petschelt im April 1961 an den Kultusminister sandten und in dem sie ohne Umschweife feststellten: „Dieses Universitätsgelände läßt sich auf 420 ha vergrößern.“⁷

Die sukzessive Erweiterung des Bochumer Angebots ist natürlich auf die Wettbewerbssituation mit der Stadt Dortmund zurückzuführen, die ihrerseits drei Gelände in Vorschlag gebracht hatte. Einzig mit der Größe schien in dieser Phase Bochum „punkten“ zu können. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Stadt auch nach der Präsentation im Januar und den folgenden Andeutungen weiterhin versuchte, mögliche Ausweitungen ihres Angebots auszuloten. Der Erfolg dieser Bemühungen lässt sich schließlich anhand einer Karte aus dem Mai 1961 ablesen, die wesentliche Erweiterungen vornehmlich in östlicher und südlicher Richtung zeigt.⁸ Auf der Basis dieser

7 StA Bochum, Oberbürgermeister, Nr. 132.

8 UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 01, Nr. 92.



Einzeichnung der Grenzen des im Mai 1961 in Vorschlag gebrachten Universitätsgeländes auf der Stadtkarte

Ausarbeitung organisierte das Stadtplanungsamt dann flugs, noch in demselben Monat, den Druck einer entsprechenden farbigen und übersichtlichen Darstellung, die sowohl der Öffentlichkeit als auch insbesondere den Entscheidungsträgern im Land präsentiert werden konnte.⁹ Die Eile schien durchaus geboten, war

doch eine Entscheidung, sei es nun der Beschluss der Landesregierung oder das Votum des Landtags, in Kürze zu erwarten.¹⁰

Das nun wesentlich erweiterte Universitätsgelände hatte einen Umfang von 520 Hektar und war damit gegenüber dem Vorschlag aus dem Januar 1961 auf das gut Zweieinhalbfache angewachsen.¹¹ Es hatte jedoch noch nicht die Ausformung, die später Planungsgrundlage werden sollte. Infolge detaillierterer Planungen erfolgte in den Monaten darauf noch eine Reihe von Änderungen in den Randgebieten. An der Gesamtgröße sollte sich allerdings nur noch geringfügig etwas ändern.

Mit der definitiven Entscheidung des Landtags zugunsten des Standorts Bochum am 18. Juli 1961 gewann die Angelegenheit insbesondere hinsicht-

9 Ebd. Nr. 1.

10 Die Tatsache, dass die Einbeziehung des Parlaments zu diesem Zeitpunkt bereits vereinbart war, entband die Regierung nicht von einer vorherigen Entscheidung. Vgl. dazu den Aufsatz des Verf. „Universitätsstandort im Parteienstreit“ in diesem Heft.

11 UnivA Bochum, Landtagsdokumente, pag. 1983. Zum Vergleich: Die Dortmunder Gelände hatten Größen von 385 ha (Schönau), 233 ha (Westfalenpark) bzw. 433 ha (Reichsmark), ebd.; die beiden erstgenannten Gelände sollten, so der Kultusminister in einem Schreiben vom 14. Juni, jedoch „als ein Gesamtkomplex gesehen werden“, ebd., pag. 1897.

lich des notwendigen Landerwerbs an Dynamik. Im Besitz der Stadt befanden sich bereits die Ländereien der drei großen Höfe Hautkapp, Beckmann und Blennemann/Stockgreve (zusammen ca. 100 Hektar im so genannten Kerngebiet). Die Flächen waren schon in den Jahren 1958 und 1959 im Hinblick auf eine geplante Gartenstadt aufgekauft worden und bildeten im Jahr 1960 die Grundlage des ersten Angebots der Stadt. Zur Absicherung der weiteren Ankäufe erließ der Rat der Stadt Bochum am 20. Juli 1961, also unmittelbar nach der Landtagsentscheidung, eine Satzung, die der Stadt das Vorkaufsrecht für unbebaute Grundstücke auf dem Universitätsgelände sicherte; weiterhin war eine Veränderungssperre vorgesehen, um Wertsteigerungen zu unterbinden.¹² In der zweiten Jahreshälfte 1961 konnte die Kommune dann vier weitere Anwesen – die Höfe Middendorf, Haarmann, Rüsberg und Elling – und das Gelände der Gewerkschaft der Zeche Vereinigte Klosterbusch im Lottental erwerben.¹³ Die Zeche hatte gerade am 31. Juli 1961 die Förderung eingestellt und ihre Baulichkeiten sollten schon ein Jahr später der Vorgängereinrichtung der Universitätsbibliothek, der Büchersammelstelle, sowie ab 1963 ersten Lehrstühlen als provisorischer Unterschlupf dienen. Mit diesen Ankäufen standen nun gut 200 Hektar Fläche für universitäre Zwecke zur Verfügung, für die die Stadt insgesamt 21,4 Mio. DM aufgewendet hatte.¹⁴

Hatte sich bisher der Erwerb der Grundstücke als vergleichsweise einfach erwiesen, so stellte sich der Ankauf der weiteren ca. 300 Hektar ungleich

12 StA Bochum, Stadt Bochum, Amt 30, Nr. 151; zur Veränderungssperre: ebd., Stadt Bochum, Stadtverordnetenprotokolle, Bd. 164.

13 Angaben entnommen aus dem Abschnitt „Der Grunderwerb“, von Heinrich Adam, in: Die Universität Bochum. Gesamtplanung, hrsg. vom Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten des Landes Nordrhein-Westfalen (=Monographie der Ruhr-Universität Bochum, Bd. 1), Stuttgart/Bern 1965, S. 175.

14 Ebd. – Laut StA Bochum, Oberstadtdirektor, Nr. 832, sind in diesem Jahr 1961 jedoch nur die angekauften Ländereien der Höfe Hautkapp, Beckmann und Blennemann sowie weitere kleinere Grundstücke, zusammen 105 ha, für 7,35 Mio. DM dem Land übereignet worden.

schwieriger dar. Das ergab sich unter anderem schlicht aus der Tatsache, dass diese auf nicht weniger als 103 Eigentümer verteilt waren.¹⁵ Das Land beauftragte daher am 9. Oktober 1961 den Leiter des Bochumer Liegenschaftsamtes Obervermessungsrat Heinrich Adam mit der Aufgabe des Erwerbs der betreffenden Grundstücke. Im Zuge dieser Tätigkeit ist ein Über-



Heinrich Adam, hier am 15. Dezember 1961 bei der Unterzeichnung der Verträge zur Übereignung der ersten städtischen Grundstücke an das Land

sichtsplan entstanden, der vielen Einzelfallakten¹⁶ beiliegt und uns heute durch die Einzeichnung der Grundstücke und Nennung der Besitzer recht präzise über die seinerzeitigen Eigentumsverhältnisse informiert (s. Abb. S. 22). Erstmals ist hier das Universitätsgelände in ein „Stammgebiet“ mit 255 Hektar und drei „Erweiterungsgebiete“ mit einer Gesamtfläche von weiteren 267 Hektar eingeteilt. Seine besondere Bedeutung erhält der Plan dadurch, dass er der letzte in einer Reihe von Darstellungen ist, die jeweils andere Grenzen des Universitätsgeländes zeigen. So markieren also selbst die Pläne aus dem Mai 1961, die der Entscheidung der Landesregierung und des Landtags zugrunde lagen, nur einen Zwischenstand bei den Bemühungen der Stadt Bochum, Größe und Grenzen des Universitätsgeländes festzulegen. Die ständigen Änderungen¹⁷ bis in den Oktober 1961 hinein sind letztlich eine Konsequenz aus dem Zeitdruck, dem das Bochumer Planungsamt in dem Jahr ausgesetzt war.

15 UnivA Bochum, Landtagsdokumente, pag. 1983.

16 UnivA Bochum, Universitätsverwaltung 14. Die Akten zum Kauf der einzelnen Grundstücke sind ab 1961 in der Stadtverwaltung Bochum entstanden und gelangten später an die Universitätsverwaltung, die im Folgenden die Liegenschaftsverwaltung betrieb. Der Plan ist nicht datiert.

17 Ergänzend sei auf den Plan verwiesen, der den Mitgliedern des Rates der Stadt Bochum in ihrer Sitzung am 20. Juli 1961 vorlag und eine weitere Variante zeigt: UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 01, Nr. 3.

Mit der Ausweitung und den Korrekturen reichte das Universitätsgelände nun im Westen bis zur Markstraße, im Nordosten bis zur Wittener Straße und im Süden gut 200 Meter über die Hevener Straße hinaus. Damit betrogen, so der Ausschreibungstext zu dem eingangs erwähnten Ideenwettbewerb, die Ausdehnungen „in West-Ost-Richtung sowie in Nordost-Südwest-Richtung jeweils ca. 3 500 m.“¹⁸ Die genauen Grenzen waren in den Wettbewerbsunterlagen, zu denen neben (Luft-)Aufnahmen des Geländes sieben Karten unterschiedlichen Maßstabs und eine Modellplatte gehörten, eingezeichnet.¹⁹ Leider sind diese „Anlagen“ heute nicht mehr erhalten, weder die Muster noch diejenigen, die von den Wettbewerbsteilnehmern bearbeitet und als Entwürfe eingereicht wurden.²⁰ Überliefert sind einzig Fotografien der von den Wettbewerbsteilnehmern erstellten Flächennutzungs- respektive Bebauungspläne sowie der Modellplatten²¹, anhand derer jedoch nachzuweisen ist, dass den Architekten für ihre Entwürfe genau das Gelände vorgegeben war, dessen Umrisse auf dem im Zusammenhang mit der Beauftragung Adams entstandenen Plan eingetragen sind. Bezeichnenderweise stand ihnen das Gelände ohne jegliche Einschränkung zur Verfügung. Explizit heißt es in dem Ausschreibungstext unter anderem: „Der vorhandene Baubestand braucht nicht berücksichtigt zu werden.“²² Das Ministerium für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten als Ausrichter des Wettbewerbs wagte sich mit dieser Formulierung weit vor. Immerhin waren die Eigentumsverhältnisse kaum geklärt, es waren darüber hinaus nicht weniger als

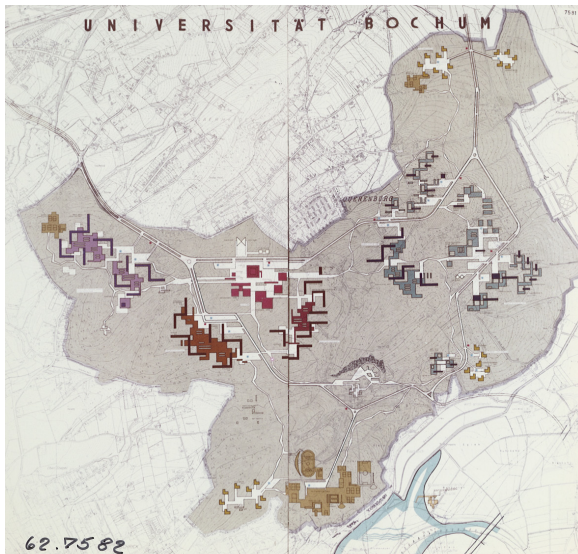
18 Ausschreibungstext (wie Anm. 1), S. 9.

19 Angaben ebd., S. 16.

20 Sie befinden sich weder im Landesarchiv Nordrhein-Westfalen noch im Depositorium des früheren Staatlichen Bauamts Bochum im Universitätsarchiv Bochum. Durchgeführt wurde der Wettbewerb von der Staatlichen Bauleitung Hagen. Die Abgabe der Unterlagen hätte an das ehemalige Staatsarchiv Münster erfolgen müssen. Eine Nachfrage des Universitätsarchivs Bochum hier fiel ebenso negativ aus wie diejenige beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, Niederlassung Soest, dem Rechtsnachfolger der Staatlichen Bauleitung Hagen. Die Unterlagen müssen als verloren gelten.

21 UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 01, Nr. 82.

22 Ausschreibungstext (wie Anm. 1), S. 9.



Beispiel eines Bebauungsplans aus dem Wettbewerb, hier der Entwurf des Architekten Bruno Lambert

324 Mieter umzusetzen²³, und auch die Frage möglicher Bergschäden hatte noch in keiner Weise Berücksichtigung gefunden.²⁴ Die Planungseuphorie war hier mit einer für die Zeit typischen Sorglosigkeit gepaart, die Ambitionen der Regierung auch gegen Schwierigkeiten innerhalb doch recht kurzer Zeit durchsetzen zu können.

Die Entscheidung im Ideenwettbewerb fiel in einer mehrtägigen Klausurtagung, die vom 11. bis zum 14. Februar 1963 in der gerade fertiggestellten Frauen-

bildungsanstalt in der Bochumer Akademiestraße durchgeführt wurde. Das Preisgericht hatte dabei nicht weniger als 86 Entwürfe zu bewerten. Hier, im Angesicht der vielen Karten mit den Umrissen des zu überplanenden Areals, verfestigte sich offenbar die bei vielen vorhandene Assoziation mit einer Henne derart, dass diese zu einem Synonym für das Universitätsgelände wurde. Professor Heinz Bittel, Mitglied des Gründungsausschusses für die Universität Bochum und als solcher als Fachberater im Preisgericht vertreten, schrieb dazu: „Die Sitzungen dieser Klausurtagung erstreckten sich stets weit in die Nacht hinein, und so sah mancher danach die ‚Henne‘ noch als Fata Morgana (das Universitätsgelände hatte bekanntlich die

23 Eine entsprechende Liste findet sich in: LAV NRW R, NW 181, Nr. 251.

24 Selbst der Wissenschaftsrat stellte bereits im Dezember 1960 die Eignung des Querenburger Geländes in Frage, indem er auf das Abbaugelände der Zeche Klosterbusch verwies, wovon das Landesplanungsamt Kenntnis habe. Vgl. das Schreiben vom 8.12.1960 in: LAV NRW R, NW 158, Nr. 313.

einprägsame Form einer Henne, die geeignet auszufüllen sich die Wettbewerbsteilnehmer zur Aufgabe gemacht hatten).“²⁵

Nach dem Votum des Preisgerichts wurde der Siegerentwurf des Architektenbüros Hentrich/Petschnigg aus Düsseldorf zusammen mit demjenigen des Staatshochbauamtes, der mit einer Sonderauszeichnung bedacht worden war, zur Grundlage der Arbeit eines gemeinsamen Planungsbüros gemacht. Natürlich hatten sich im Entwurf der immerhin staatlichen Behörde die Vorstellungen von Landesregierung bzw. Ministerialbürokratie bereits niedergeschlagen. Und so bedeutete die Auszeichnung im Wettbewerb, in Sonderheit aber die Mitwirkung an der Erarbeitung eines gemeinsamen Entwurfs, eine Vorentscheidung über die endgültige bauliche Gestaltung der Universität, die zu einer Verdichtung im Norden des Geländes tendierte und sich damit von einer räumlich weitgehenden Ausnutzung der „Henne“ verabschiedete. Das Planungsbüro erledigte seine Aufgabe binnen acht Monaten, so dass in den ersten Januartagen des Jahres 1964 mit der Errichtung der ersten Hochbauten (Gebäude IA und IB) begonnen werden konnte.



Ministerpräsident Franz Meyers (2. von rechts) vor dem Modell des Siegerentwurfs

Die Entwicklung des Bochumer Universitätsgeländes ist mit seinem stetigen Anwachsen und den bereits erwähnten Ankäufen bis zum Ende des Jahres 1961 nicht hinreichend beschrieben. Zum einen traf die enorme Größe keineswegs auf ungeteilte Zustimmung, zum anderen befanden sich große Teile noch gar nicht im Besitz der Stadt respektive des Landes.

²⁵ Bittel, Heinz: Die vorgefertigte Universität. Erinnerungen an die Vor- und Frühgeschichte einer Baustelle, in: Materialien (wie Anm. 2), S. 12/14.

Die schrittweise, nahezu hemmungslose Erweiterung des angebotenen Areals durch die Bochumer Stadtverwaltung fand ihre Befürworter eigentlich nur in der Landesregierung und bei den leitenden Ministerialbeamten. Nicht abwegig ist indes die Überlegung, dass diese möglicherweise die Stadt auch gedrängt haben. Zwar fehlen hierfür die archivalischen Beweise, jedoch finden sich nicht wenige Indizien für eine entsprechende Einflussnahme in den Akten. Beispielhaft sei der Leiter der Hochschulabteilung im Kultusministerium Ministerialdirigent Freiherr von Medem erwähnt, der im April 1961 Oberstadtdirektor Petschelt von den amerikanischen Verhältnissen vorschwärmte, die bis zu 600 Hektar für ihre Universitäten vorsähen²⁶, und damit zumindest psychologischen Druck ausübte, der seine Wirkung auf den Oberstadtdirektor schließlich nicht verfehlte. Auch der am 29. August 1961 eingerichtete Interministerielle Ausschuss, der sich vornehmlich mit Bau- und Grundstücksfragen zu befassen hatte, formulierte in seiner ersten Sitzung am 12. September 1961 seinen Grundsatz wie folgt: „Der Kreis der zu erwerbenden Grundstücke ist möglichst weit zu ziehen, um die Entwicklungsmöglichkeiten der neuen Universität zu sichern.“²⁷ Auf der Arbeitsebene hingegen hatte man wenig Verständnis für diese Euphorie. Die Unterkommission des genannten Interministeriellen Ausschusses, die ihre Arbeit nur knapp eine Woche später, am 18. September 1961, aufnahm, hielt „das Gesamtgelände [für] viel zu groß.“²⁸ Mit ihrer Kritik ging sie sogar noch weiter: Die Begrenzung des Gesamtgebietes sei willkürlich erfolgt; es sei möglich, dass sich Teile als ungeeignet erweisen, andere außerhalb der Begrenzung als bedeutsam für die Universität.²⁹ Die Unterkommission schlug vor, auf die Geländeteile südlich des Lottentals sowie auf den nordwestlichen und äußersten östlichen Teil des vorgesehenen Terrains zu verzichten. Da sie aber keine Entscheidungsbefugnis hatte, veranlasste sie, „zunächst“ nur die in dem verbleibenden zentralen Teil gelegenen Grundstücke zu erwerben;

26 Notiz Petschelts vom 12.4.1961, in: StA Bochum, Oberbürgermeister, Nr. 132.

27 Protokoll in: StA Bochum, Oberstadtdirektor, Nr. 832.

28 Vermerk Petschelts vom 19.9.1961, ebd.

29 Protokoll der Besprechung mit Vertretern der Stadt und des Sonderbauamtes für Universitätsplanungen, der Vorgängereinrichtung des Staatshochbauamtes für die Universität Bochum, vom 18.9.1961, ebd.

gleichzeitig wurden die Vertreter der Stadtverwaltung jedoch gebeten, „die frei gewordenen Geländeteile nach wie vor zur Verfügung zu halten.“³⁰ Man darf davon ausgehen, dass die oben erwähnte Einteilung in Stamm- und Erweiterungsgebiete auf diesen Vorgaben der Unterkommission beruht, denn an dem besagten 18. September „wurde auf einer Karte eine neue Grenze für das Gesamtgelände der Uni gezogen.“³¹ Bei diesem „Gesamtgelände“ kann es sich allerdings nur um das später so genannte Stammgebiet gehandelt haben.

Die Prioritätensetzung der Unterkommission im Hinblick auf den Land-erwerb wird in der Praxis kaum Auswirkung gehabt haben. Gerade im Hinblick auf den Ankauf der vordringlich zu erwerbenden Grundstücke traten nämlich Probleme auf, die zuvor niemand so recht ins Kalkül gezogen hatte. In der Tat haben im nahezu gesamten Jahr 1962 nach Ausweis der städtischen Akten nur „unwesentliche“ Ankäufe stattgefunden.³² Der Grund hierfür sowie mögliche Konsequenzen wurden im Protokoll der Besprechung zwischen dem städtischen Arbeitsstab Ruhr-Universität und dem Staatshochbauamt für die Universität Bochum vom 14. November 1962 wie folgt festgehalten: „Beim Grundstückskauf im Universitätsgebiet zeigen sich große Schwierigkeiten durch überhöhte Forderungen der Eigentümer. Es kann sich daher als notwendig erweisen, den Forderungen in etwa entgegenzukommen, um durch eine bewegliche Preispolitik die



Der Hof Blennemann im Jahr 1961

30 Ebd.

31 Ebd.

32 StA Bochum, Stadt Bochum, Dez. IV, Nr. 188, fol. 20 u. 56.

ins Stocken geratenen Verhandlungen wieder in Fluss zu bringen. Unter Umständen wäre daran zu denken, den Preisspiegel auf 20-25,00 DM anzuheben³³. Die Inkaufnahme höherer Investitionskosten war bei dieser Sachlage aber nicht der einzige Lösungsansatz. Selbst zu diesem doch recht frühen Zeitpunkt wurden auch Enteignungsverfahren nicht ausgeschlossen³⁴, wohl ahnend, dass auch höhere Gebote nicht in jedem Fall zum schnellen Erfolg führen würden.

Es wäre nun müßig, alle in den Jahren 1963 bis 1965 erfolgten Ankäufe (sowie die gescheiterten Versuche) im Einzelnen aufzulisten, allerdings sticht bei den Bemühungen Adams die besondere Problematik der so genannten Resthofstellen hervor. Vielfach war nämlich bei den Erwerbungen der Jahre seit 1958 jeweils die engere Hofstelle mit den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden zunächst ausgenommen worden. Nun aber, so musste der Beauftragte des Kultusministers für den Grunderwerb im März 1964 dem Kanzler der Universität Dr. Wolfgang Seel³⁵ berichten, waren es genau die Eigentümer dieser Resthofstellen, die „in Bezug auf den freihändigen Ankauf dieser Grundstücke [...] Schwierigkeiten“ machten, und er erwog deshalb auch, die „Verleihung des Enteignungsrechts“ zu beantragen.³⁶ Es muss bedacht werden, dass Adam diese Zeilen schrieb, als die Bauarbeiten auf dem Campus schon begonnen hatten. Virulent waren die „Schwierigkeiten“ insbesondere in Hinsicht auf die Resthofstellen Hautkapp und Blennemann, die im Bereich des projektierten Baukörpers der Universität lagen. Einen Zeitgewinn bedeutete einzig die Tatsache, dass im Januar 1964 lediglich mit dem Bau der ersten zwei Gebäude der I-Reihe begonnen wurde und damit der Grund der besagten Höfe noch nicht unmittelbar betroffen war. Die beiden Problemfälle, jeweils gut einen Hektar groß, konnten schließlich erst im August 1964 beziehungsweise Januar 1965 gelöst und die Kaufverträge zum Abschluss gebracht werden. Die Landesregierung, die die Anstrengung von Enteignungsverfahren tunlichst zu vermeiden suchte, musste dafür jedoch

33 Ebd., fol. 83.

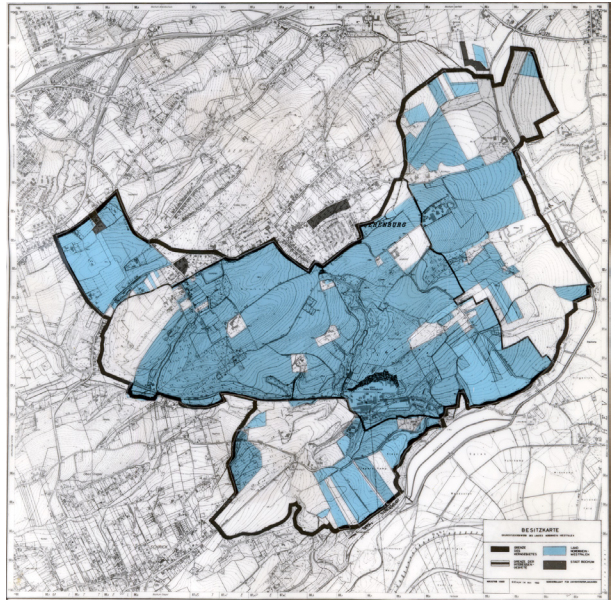
34 Besprechung im Staatshochbauamt vom 9.10.1962, ebd., fol. 72.

35 Die Universitätsverwaltung war bereits 1963, zwei Jahre vor Aufnahme des Lehrbetriebs, eingerichtet worden.

36 UnivA Bochum, Universitätsverwaltung 03, Nr. 88.

Preise akzeptieren, die die Wertermittlungen der Jahre 1963 und 1964 um gut 100 Prozent überstiegen.³⁷

Diese wichtigen Erwerbungen der Jahre 1964 und 1965 verdeckten nicht den Blick auf die verbliebenen „weißen Flecken“ in der „Henne“. Die Bemühungen um weitere Ankäufe wurden fortgesetzt – im Fall der Resthofstelle Beckmann sogar bis Mitte der 1980er Jahre. Vielfach wurde der Grund aber schon gar nicht mehr benötigt. Die Baugrenzen waren bereits Ende des Jahres 1963



Blau eingefärbt die im Mai 1963 im Besitz des Landes befindlichen Grundstücke innerhalb des Universitätsgeländes

abgesteckt, und folglich konnte es bei den ausstehenden Erwerbungen nur noch um die Sicherung von Reserveflächen gehen. Den Plan einer vollständigen Arrondierung des Universitätsgeländes gab man schließlich im Laufe des Jahres 1966 auf. Diese pragmatische (und überfällige) Haltung umriss Kanzler Seel vor der Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität Bochum am 18. November 1966 wie folgt: „Bis heute hat die Ruhr-Universität etwa 445 ha, also rund 85% erworben (oder der Abschluß steht kurz bevor). Bis auf den Erwerb kleinerer Parzellen, die für den Bau nicht notwendig sind, sehe ich den Grundstückserwerb vorerst für abgeschlossen an. Durch den Verzicht auf den Erwerb der etwa 80 ha wird ein Betrag von 20 bis 30 Millionen DM eingespart werden können.“³⁸

37 UnivA Bochum, ebd., Nr. 19 (Hautkapp) und Universitätsverwaltung 14, Nr. 79 (Blennemann).

38 Der Text findet sich in: LAV NRW R, NW 182, Nr. 59, fol. 13-31; Zitat: fol. 18.

Abbildungsnachweise:

- S. 4: UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02, Nr. 65.1007 (Fotografie der Karte)
- S. 9: Landesarchiv NRW - Abteilung Rheinland - RWB 07699_004
- S. 10: Foto: CDU Bochum
- S. 11: Foto: privat
- S. 12: UnivA Bochum, F-00010 (Aufn. Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum)
- S. 14: Kartenausschnitt aus: UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 01, Nr. 70
- S. 15: UnivA Bochum, F-00011 (Aufn. Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum)
- S. 19: UnivA Bochum, F-00028 (Aufn. Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum)
- S. 22: UnivA Bochum, Universitätsverwaltung 14, Nr. 94
- S. 24: „Karte 3“ in: Technische Universität Ruhrgebiet. Denkschrift Stadt Bochum, Januar 1961 (UnivA Bochum, Kleine Sammlungen, Nr. 6)
- S. 25: Ausschnitt der „Karte 4“ in: Technische Universität Ruhrgebiet. Memorandum der Stadt Bochum, Dezember 1960 (UnivA Bochum, Kleine Sammlungen, Nr. 6)
- S. 26: UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 01, Nr. 1
- S. 28: Aufn. Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum, Ausschnitt
- S. 30: UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02, Nr. 62.7582 (Fotografie der Karte)
- S. 31: Stadtarchiv Bochum, Aufn.: W. K. Müller
- S. 33: UnivA Bochum, Universitätsverwaltung 14, Nr. 79 (Aufn. Presse- und Informationsamt der Stadt Bochum)
- S. 35: UnivA Bochum, Dep. Staatl. Bauamt Bochum 02, Nr. 63.0004 (Fotografie der Karte)

